

Planungswettbewerb Fliegerhorst Erding Teilnahmeantrag

1.0 Allgemeine Angaben Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft

1.1	<p>Bewerbung erfolgt als Bewerbergemeinschaft</p> <p>Hinweis: Bei Bewerbergemeinschaften ist für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft ein eigener Bewerbungsbogen auszufüllen</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <hr/> <p>Wenn ja, Name der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:</p> <p>-</p> <p>-</p> <p>-</p> <p>-</p> <p>Bewerbungsbogen ist ausgefüllt von:</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/></p> <hr/> <p>Eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschriebene Erklärung mit Benennung des*der bevollmächtigten Vertreters*in (Vordruck A) liegt den Bewerbungsunterlagen bei.</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>
1.2	<p>Name des Bewerbers / Mitglied der Bewerbergemeinschaft</p> <p>(Name und Adresse, Telefon, E-Mail)</p>	
1.3	Rechtlicher Status	<p><input type="checkbox"/> Natürliche Person <input type="checkbox"/> Juristische Person</p>
1.4	Rechtsform / Geschäftszweck	<p>(nur bei juristischen Personen) Der satzungsgemäße Geschäftszweck ist auf Planungsleistungen ausgerichtet, die der Aufgabe entsprechen</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>

2.0 Angaben zu den Mindestvoraussetzungen

2.1	Eigenerklärung zur Berufsbezeichnung des Bewerbers/Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft	<input type="checkbox"/> Ich/wir bin/sind *in nach dem Recht meines/unseres jeweiligen Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Stadtplaner*in berechtigt. Ist die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, bestimmen sich die fachlichen Anforderungen nach der einschlägigen Richtlinien 2005/36/EG und 2013/55/EU. <input type="checkbox"/> Ich/wir bin/sind nach dem Recht meines/unseres jeweiligen Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt*in berechtigt. Ist die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, bestimmen sich die fachlichen Anforderungen nach der einschlägigen Richtlinien 2005/36/EG und 2013/55/EU. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter*innen oder der Verfasser*innen der Planungsleistung dazu berechtigt sein, die angegebene Berufsbezeichnung zu führen.
2.2	Eigenerklärung Ausschlussgründe in Anlehnung an §123 und §124 GWB	<input type="checkbox"/> Es liegen keine Ausschlussgründe in gemäß §123 GWB oder § 124 GWB vor. <input type="checkbox"/> Unterschriebene Erklärung liegt bei (Vordruck B)
2.3	Eigenerklärung Ausschlussgründe §4 (2) RPW	<input type="checkbox"/> Ich/Wir erkläre(n), dass keine Teilnahmehindernisse im Sinne von § 4 Abs. 2 RPW 2013 vorliegen. <u>§4 (2) RPW Teilnahmehindernis</u> Ausgeschlossen von der Teilnahme an Wettbewerben sind Personen, die infolge ihrer Beteiligung an der Auslobung oder Durchführung des Wettbewerbes bevorzugt sein oder Einfluss auf die Entscheidung des Preisgerichts nehmen können. Das Gleiche gilt für Personen, die sich durch Angehörige oder ihnen wirtschaftlich verbundene Personen einen entsprechenden Vorteil oder Einfluss verschaffen können.
2.4	Interessenkollision mit gewerblichen Unternehmen / wirtschaftliche Verknüpfung	Ich bin / wir sind wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verknüpft <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn ja, Erläuterung als Anlage

3.0 Angaben zur Leistungsfähigkeit

3.2	Eigenerklärung zu Berufshaftpflichtversicherung	Mit Unterzeichnung dieses Bewerbungsbogens verpflichte(n) ich/wir mich/uns, im Auftragsfall eine objektbezogenen Berufshaftpflichtversicherung bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens abzuschließen, sofern noch keine adäquate Versicherung vorliegt. Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall beträgt 1.500.000 € für Personenschäden sowie 200.000 € für sonstige Schäden. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den zweifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.
-----	---	--

4.0 Angaben zur Beurteilung der Fachkunde

4.1	<p>Referenzprojekt</p> <p>Bei Bewerbergemeinschaften ist es ausreichend, wenn die Referenz von einem ihrer Mitglieder stammt.</p>	<p>Die Erfüllung der Kriterien wird ausschließlich auf Basis des eingereichten Referenzprojektes bewertet. Die erforderlichen Eigenschaften (Mindestvoraussetzungen) sind in ein einem gesonderten Blatt (pdf-Dokument DIN A 3) nachvollziehbar darzustellen:</p> <p>Urheber*in:</p> <p>Bei Referenzobjekten, deren Urheberschaft bei Anderen liegt (z. B. Bearbeitung als Mitarbeiter *in in einem anderen Büro), sind die Urheber*in und der Anteil der eigenen Leistung der Bewerber*in nachvollziehbar anzugeben.</p> <p>Auftraggeber*in:</p> <p>Art der Planung (z.B. Masterplan, Wettbewerbsbeitrag):</p> <p>Größe des Planungsgebiets (mind. 15 ha Baugebietsfläche mit Schwerpunkt im Wohnungsbau):</p> <p>Planungsgebiet</p> <p>Davon Baugebietsfläche:</p> <p>Datum des Abschlusses der Planung (nicht mehr als 10 Jahre vor dem Datum der Bekanntmachung):</p>
-----	--	---

5.0 Datenschutz

5.1	<p>Erklärung zum Datenschutz</p>	<p>Der Bewerber zum genannten Verfahren willigt durch Unterzeichnung dieses Bewerbungsbogens ein, dass seine personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit dem genannten Wettbewerb beim verfahrensbetreuenden Büro in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Mailadresse. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens können diese Daten auf Wunsch gelöscht werden (durch formlose schriftliche Mitteilung). Gemäß §6 des novellierten Bundesdatenschutz-gesetzes (BDSG) ist die Einwilligung der Betroffenen notwendig, da eine spezielle Rechtsgrundlage für die Führung dieser Datei fehlt.</p>
-----	---	---

Mit meiner Unterschrift versichere ich / versichern wir die Richtigkeit aller Angaben

.....
 Ort, Datum, rechtsverbindliche Unterschrift

Liste der Anlagen

Verzeichnis aller vom Bewerber/von der Bewerbergemeinschaft beigefügten Erklärungen, Nachweise und sonstiger Unterlagen. Die Anlagen sind Bestandteil des Teilnahmeantrages.

Anlage Nummer	Bezeichnung	Liegt bei (bitte ankreuzen)
A	Erklärung der Bewerber/Bewerbergemeinschaft	
B	Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	
C	Bilddarstellungen zum Referenzprojekt als PDF-Dokument (1 Seite DIN A 3)	

Anlage A

Erklärung der Bewerbergemeinschaft

Soll eine Bewerbung als Bewerbergemeinschaft abgegeben werden, bitten wir die nachfolgenden Angaben einzutragen und die Erklärung durch die jeweils **Vertretungsberechtigten** der beteiligten Mitglieder der Gemeinschaft zu unterschreiben.

Bewerbung für: **Wettbewerbsverfahren Fliegerhorst Erding**

Wir, die nachstehend aufgeführten Planer/ Büros

1. Geschäftsführendes Mitglied:	
Name des Planers / Büros	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Telefon	
E-Mail	
Ansprechpartner*in und zugleich <u>bevollmächtigte(r) Vertreter*in der Bewerbergemeinschaft</u>	

2. Mitglied:	
Name des Planers / Büros	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Telefon	
E-Mail	
Ansprechpartner*in	

3. Mitglied:	
Name des Planers/Büros	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Telefon	
E-Mail	
Ansprechpartner*in	

4. Mitglied:	
Name des Planers/Büros	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Telefon	
E-Mail	
Ansprechpartner*in	

erklären, uns zu einer Bewerbergemeinschaft zusammen zu schließen.

Mit unserer Unterschrift unter diese Erklärung erklären wir darüber hinaus, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied (Lf.Nr. 1) die Bewerbergemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt,
- die als Ansprechpartner*in beim geschäftsführenden Mitglied benannte Person zugleich bevollmächtigte(r) Vertreter*in der Bewerbergemeinschaft ist,
- das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen (sofern nichts anderes vereinbart wird) und
- alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum: _____

Bürostempel zu 1. und Unterschrift

Bürostempel zu 2. und Unterschrift

Bürostempel zu 3. und Unterschrift

Bürostempel zu 4. und Unterschrift

Sollten Ihrer Bewerbergemeinschaft mehr als 4 Mitglieder angehören, bitten wir die Angaben auf einer gesonderten Anlage zu ergänzen und auf dieser die rechtsverbindliche Unterschrift neben die Daten des jeweiligen Planers/Büros zu setzen.

Hinweis: Bitte achten Sie darauf, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft diese Erklärung unterzeichnet haben.

Anlage B

Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (gem. §123 und §124 GWB)

Wir erklären, dass keine rechtskräftigen Verurteilungen zu nachfolgend benannten Strafvorschriften von Personen existent sind, die auf einem unserem Unternehmen zuzurechnenden Verhalten beruhen oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach §30 des Gesetzes für Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt worden ist:

- a) § 129 Strafgesetzbuch (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129 a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129 b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland);
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte);
- d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden;
- e) § 264 StGB (Subventionsbetrug) zu Lasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft oder eines von ihr oder in ihrem Auftrag verwalteten Haushalts;
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr)
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern)
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr);
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der vorherig benannten Strafvorschriften stehen einer Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ein Unternehmen kann jederzeit von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden wenn

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, oder
- auf sonstige geeignete Weise eine entsprechende Verletzung der Verpflichtungen nachgewiesen wird.

Davon kann abgesehen werden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, indem es die Zahlungen vorgenommen hat oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Mir/ Uns ist bekannt, dass Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn

- a. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- b. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- c. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
- d. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- f. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- g. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- h. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- i. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

..... Ort, Datum, rechtsverbindliche Unterschrift